

Satzung
über die 1. Änderung des Bebauungsplanes
"Kleine Zelg Erweiterung"

Nach § 10 und § 13 BauGB in der Fassung vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I., S. 2253), § 74 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 08. August 1995 (GBl. S. 617), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 03. Oktober 1983 (GBl. S. 577), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Dezember 1995 (GBl. 1996 S. 29) hat der Gemeinderat der Stadt Wehr am 10. September 1996 die Änderung des Bebauungsplanes "Kleine Zelg Erweiterung" als Satzung beschlossen.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich für die Bebauungsplanänderung umfaßt das Grundstück Flst.-Nr. 7395, Gemarkung Wehr.

§ 2

Bestandteile der Satzung

Die Bebauungsplanänderung besteht aus

1. Plan vom 30.05.1996
2. Begründung vom 10.07.1996 in der Fassung vom 21.08.1996

§ 3

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 75 LBO handelt, wer den aufgrund von § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 74 LBO getroffenen Festsetzungen des Bebauungsplanes zuwiderhandelt.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Bebauungsplanänderung tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung nach § 12 BauGB in Kraft.

Wehr, den 11. September 1996

Der Bürgermeister:



Bebauungsplanänderung
vom 10. SEP. 1996



nach § 13 Baugesetzbuch

Begründung

zur 1. Änderung des Bebauungsplanes "Kleine Zelg Erweiterung"

I. Bereich der Änderung

Von der Änderung wird das Grundstück Flst.-Nr. 7395, Gemarkung Wehr, betroffen.

II. Ziele und Zwecke der Planänderung

Das Gebäude Mettlerweg 51 wurde unter Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes "Kleine Zelg Erweiterung" hinsichtlich Geschossigkeit und Dachgestaltung erstellt. Schon damals wurde die im Bebauungsplan festgesetzte viergeschossige Bebauung als zu wichtig angesehen. Auch der in der Zwischenzeit rechtskräftige an das Planungsgebiet anschließende Bebauungsplan "Große Zelg" bestätigt die damals erteilte Befreiung. Auch er sieht eine zwei- bzw. dreigeschossige Bebauung der benachbarten Grundstücke vor. Durch die jetzige Änderung soll eine Übereinstimmung zwischen der tatsächlichen Bebauung und den Festsetzungen des Bebauungsplanes erreicht werden.

Anstatt der viergeschossigen Bauweise wird eine dreigeschossige Bebauung zugelassen. Außerdem wird die Dachneigung entsprechend der vorhandenen Bebauung mit 32° festgesetzt. Ursprünglich war eine Flachdachbebauung vorgesehen. Diese Änderungen wurden im Baugenehmigungsverfahren vom Gemeinderat mehrheitlich befürwortet und die entsprechenden Befreiungen vom Landratsamt erteilt.

Durch die Änderungen des Bebauungsplanes werden die Grundzüge der Planung nicht berührt, so daß die Änderung im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch durchgeführt werden kann.

III. Kosten

Durch die Änderung entstehen keine Kosten.

IV. Bodenordnung

Bodenordnende Maßnahmen sind keine erforderlich.

Wehr, den 21. August 1996

Der Bürgermeister

Bebauungsplanänderung

vom 10. SEP. 1996

nach § 13 Baugesetzbuch



VERFAHRENSÜBERSICHTBeschuß des Gemeinderates zur
Änderung/~~Erweiterung~~ des Bebauungsplans

23.07.1996

Bürgerbeteiligung nach § 3 BauGB

-

Offenlegungsbeschluß

-

Bekanntmachung

-

Öffentliche Auslegung

vom

-

bis

Satzungsbeschluß

10.09.1996

Genehmigung/
Anzeige nach § 11 BauGB

-

In Kraft getreten am:

20.09.1996

Wehr, den 23.09.1996

Denzinger, Bürgermeister

Bebauungsplanänderung

vom 10. SEP. 1996

nach § 13 Baugesetzbuch

